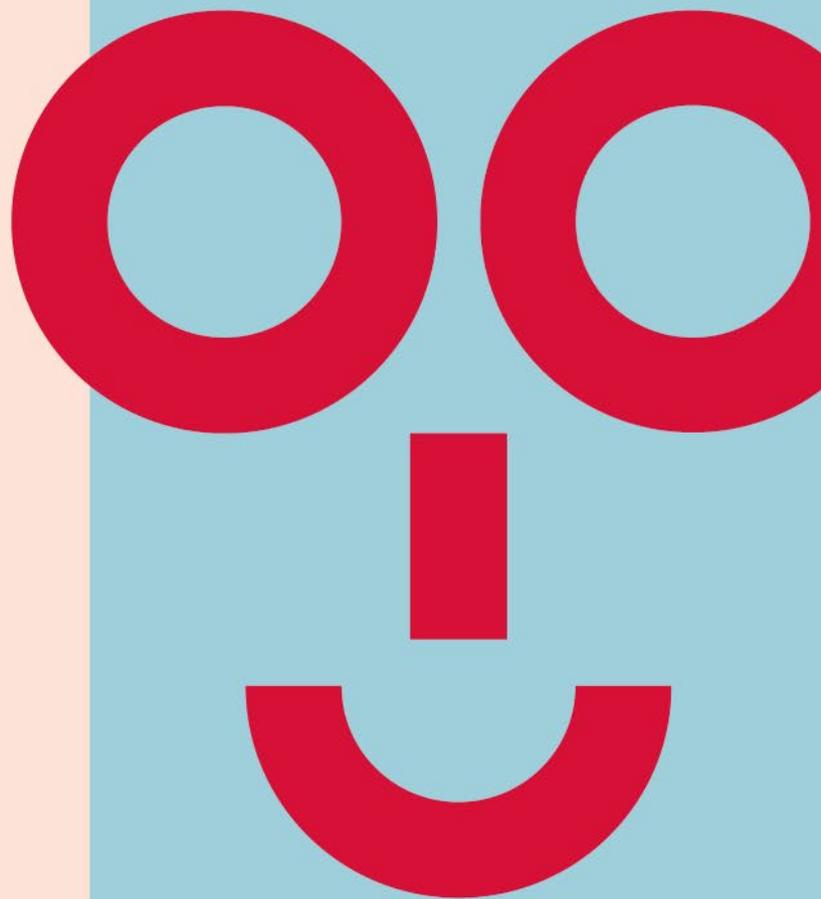


LANDESFORUM '25

Wien



Anträge

Kinderbetreuung für gewerkschaftliche Veranstaltungen und Aktionen

Antragsteller: in: Michael Gehmacher, Irene Mötzl, Paul Czermak für den Gewerkschaftlichen Linksblock (GLB)

Das Landesforum der Gewerkschaft GPA Wien beschließt:

• Einrichtung von Kinderbetreuungsangeboten:

o Für Gewerkschaftskonferenzen, Sitzungen, Seminare, Demonstrationen und Streiks wird eine Kinderbetreuung angeboten, um insbesondere Frauen mit Betreuungspflichten eine aktive Teilnahme zu ermöglichen.

o Dieses Angebot wird flexibel und nach den Bedürfnissen der Teilnehmer:innen organisiert.

• Qualität und Sicherheit:

o Die Kinderbetreuung wird von geschultem Fachpersonal durchgeführt, um eine qualitativ hochwertige und sichere Betreuung zu gewährleisten.

o Altersgerechte Aktivitäten sowie eine angemessene Verpflegung werden bereitgestellt.

• Zugänglichkeit und Kosten:

o Das Angebot soll für Mitglieder kostenlos zur Verfügung stehen.

• Evaluation und Weiterentwicklung:

o Nach einer Projektlaufzeit von einem Jahr wird das Angebot umfassend evaluiert. Dabei wird erhoben, wie das Angebot genutzt wird und welche Anpassungen oder Erweiterungen notwendig sind.

o Bei Bedarf soll das Angebot ausgebaut werden, um eine breitere Nutzung, z. B. für spontane Gewerkschaftsaktionen wie Streiks oder Kundgebungen, zu ermöglichen.

• Kommunikation:

o Dieses Angebot wird im Vorfeld von Veranstaltungen aktiv beworben, damit Mitglieder frühzeitig ihre Teilnahme planen können.

o Ziel ist es, die Sichtbarkeit des Angebots zu erhöhen und gezielt Frauen mit Betreuungspflichten zu erreichen.

Begründung: Frauen tragen nach wie vor einen großen Teil der Betreuungspflichten. Dies stellt eine erhebliche Hürde dar, sich aktiv an Konferenzen, Sitzungen, Seminaren, Demonstrationen und Streiks zu beteiligen, obwohl ihre Perspektiven und Beiträge essenziell für das Gewerkschaftsleben sind.

Mit der Bereitstellung von Kinderbetreuung schafft die GPA Wien:

- Eine konkrete Entlastung für Menschen, insbesondere Frauen mit Betreuungspflichten.
- Die Möglichkeit für alle Mitglieder, aktiv an Veranstaltungen und Gewerkschaftsaktionen teilzunehmen.
- Einen wichtigen Beitrag zur Förderung von Gleichstellung und Diversität in der Gewerkschaftsarbeit.

Durch die regelmäßige Evaluation wird sichergestellt, dass das Angebot optimal auf die Bedürfnisse der Mitglieder abgestimmt ist und bei Bedarf ausgebaut wird, um eine noch breitere Unterstützung zu bieten.

- Annahme
- Ablehnung
- Zuweisung an

EMPFEHLUNG DER ANTRAGSPRÜFUNGSKOMMISSION: Ablehnung

Mehr Mitbestimmung bei KV-Verhandlungen durch Urabstimmungen

Antragsteller: in: Michael Gehmacher, Irene Mötzl, Paul Czermak für den Gewerkschaftlichen Linksblock (GLB)

Das Landesforum der Gewerkschaft GPA Wien beschließt:

- Es werden Urabstimmungen abgehalten über die Ergebnisse von Verhandlungen von Kollektivverträgen unter allen Mitgliedern der Gewerkschaft GPA, die dem entsprechenden Kollektivvertrag unterliegen.
- Das Ergebnis der Urabstimmung ist bindend für das Verhandlungsteam der GPA.
- Es sollen begleitende Prozesse initiiert werden, im Zuge derer die Mitglieder über Forderungen, Fortschritte, Ergebnisse und mögliche Kampfmaßnahmen betreffend der KV-Verhandlungen nicht nur informiert, sondern auch zum aktiven Diskurs angeregt werden.

Begründung: Die Gewerkschaft ist für uns Beschäftigte eine der wenigen demokratischen Institutionen im Bereich der Lohnarbeit. Allerdings gibt es nur spärliche Möglichkeiten für "einfache" Mitglieder sich in ihrer Gewerkschaft zu beteiligen - auch in der Gewerkschaft GPA. Bei Entscheidungen mitbestimmen können bisher meist nur Betriebsräte und Funktionäre. Das sehen wir als Problem und mehr Beteiligung aller Mitglieder als Ziel, das mit mehr Ernsthaftigkeit angestrebt werden soll. Als eine wichtige Maßnahme sehen wir die Abstimmung über Ergebnisse von Kollektivvertrags-Verhandlungen durch die davon betroffenen Mitglieder. Wir fordern daher Urabstimmungen über KV-Abschlüsse.

Eine Urabstimmung bedeutet eine Abstimmung unter allen betroffenen Mitgliedern der Gewerkschaft. Es handelt sich um ein erprobtes Instrument zur Beteiligung, in Deutschland sind Urabstimmungen etwa bei der Gewerkschaft Ver.di üblich und unter bestimmten Umständen verpflichtend. Der Abschluss von Kollektivverträgen ist eine der wichtigsten Aktivitäten von Gewerkschaften - alle Beschäftigten, die dem jeweiligen Vertrag unterliegen, sind davon unmittelbar betroffen.

Wir sehen klare Vorteile darin, die betroffenen Mitglieder über ihren Verhandlungsabschluss abstimmen zu lassen. Die Mitglieder werden dazu animiert, sich aktiv mit den Forderungen, dem Verhandlungsprozess und den Ergebnissen auseinanderzusetzen. Auch das Verhandlungsteam muss sich intensiver mit den Bedürfnissen der Beschäftigten auseinandersetzen und um Akzeptanz der vorgeschlagenen Abschlüsse werben. Gleichzeitig können die Verhandler:innen gestärkt durch die Kolleg:innen ihrer Branche und mit einer starken Legitimation im Rücken ihre Forderungen vertreten.

Dadurch, dass die Beschäftigten abstimmen können, entscheiden sie selbst über den Ausgang der Verhandlungen. Wird ein Abschluss erzielt, kann dadurch eine höhere Zufriedenheit mit dem Ergebnis erreicht werden. Sind aber Kampfmaßnahmen nötig, haben sich auch die Mitglieder selbst dazu entschieden und werden sich entsprechend aktiv daran beteiligen. Nicht zuletzt ist die Berechtigung zur Teilnahme an der Urabstimmung ein starkes Argument, Mitglied zu werden.

- o Annahme
- o Ablehnung
- o Zuweisung an

EMPFEHLUNG DER ANTRAGSPRÜFUNGSKOMMISSION: Ablehnung

Für einen massiven Ausbau des Wiener Sozial- und Gesundheitsbereichs

Antragsteller:in: Paul Czermak für den Gewerkschaftlichen Linksblock

Die GPA-Wien erneuert ihr Bekenntnis zu einem starken Sozialwesen.

Das Landesforum der GPA-Wien beschließt daher folgende Forderungen:

- Solidarische Finanzierung

Die nachhaltige Finanzierung des Sozialwesens, insbesondere im Betreuungs-, Gesundheits- und Pflegebereich, ist eine der zentralen Herausforderungen für die soziale Sicherheit in Österreich. Der Fonds Soziales Wien (FSW), der im Jahr 2000 von der Stadt Wien ins Leben gerufen wurde, spielt eine wichtige Rolle bei der Planung, Vermittlung und Förderung sozialer Dienstleistungen für Menschen mit Pflege- und Betreuungsbedarf.

Um sicherzustellen, dass alle Trägerorganisationen im Wiener Sozialbereich die gesetzlichen Vorgaben und Kollektivvertragsregelungen einhalten können, ist eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Länder und Gemeinden erforderlich. Eine Erhöhung und Absicherung der Trägerförderungen könnte durch die Einbeziehung von vermögens- und erbschaftsbezogenen Steuermitteln finanziert werden. Dies würde nicht nur die finanzielle Stabilität des FSW stärken, sondern auch dazu beitragen, die Qualität und Verfügbarkeit sozialer Dienstleistungen langfristig zu sichern.

- Verbesserung der Arbeitsbedingungen

Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Gesundheits-, Pflege-, Betreuungs- und Sozialbereich ist dringend notwendig, um die prekäre Situation der Beschäftigten zu entschärfen. Um eine spürbare Arbeitsentlastung zu erreichen, sind mehrere Maßnahmen erforderlich:

- **Personalaufstockung:** Mehr Personal würde die Arbeitsbelastung der einzelnen Beschäftigten reduzieren und die Qualität der Betreuung verbessern.
- **Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn/Gehalts - und Personalausgleich:** Eine Verkürzung der Arbeitszeit, ohne dass die Beschäftigten finanzielle Einbußen erleiden, könnte die Arbeitszufriedenheit erhöhen und die Gesundheit der Mitarbeiter fördern.
- Mindestarbeitszeiten bei geteilten Diensten und Begrenzungen der Anzahl pro Monat

- Verbesserungen bei Dienstplan-Flexibilität bzw. Maßnahmen zur Dienstplan-Stabilität

Diese Maßnahmen **erfordern eine bessere finanzielle Ausstattung**, um die notwendigen Ressourcen bereitzustellen und die Umsetzung zu unterstützen. Eine solche Investition könnte langfristig zu einer nachhaltigeren und effizienteren Versorgung im Sozial-, Gesundheits- und Pflegebereich führen

- Planbarkeit und Kontinuität

Planbarkeit und Kontinuität sind entscheidend, um sowohl die Versorgung geflüchteter Menschen als auch die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im Sozialbereich zu verbessern. Seit 2015, und verstärkt durch die Fluchtbewegung aus der Ukraine, hat Wien viele geflüchtete Menschen betreut. Der Abbau von Infrastruktur, wie die Schließung von Unterkünften, kann jedoch dazu führen, dass Geflüchtete obdachlos werden und Angestellte unerwartet ihren Lebensunterhalt verlieren.

Um solche Härtefälle zu vermeiden, ist eine ausreichende Finanzierung und Planungssicherheit notwendig. Der Fonds Soziales Wien (FSW) benötigt daher finanzielle Unterstützung, um diese Herausforderungen zu bewältigen. Im Wohnungslosenbereich haben befristete Dienstverträge über die Jahre eine Art „Saisonarbeit“ entstehen lassen, die mit vielen Nachteilen verbunden ist. Daueranstellungen in Form von unbefristeten Arbeitsverträgen sind notwendig, um prekäre Arbeitsbedingungen zu vermeiden und die Beschäftigten nachhaltig sozial abzusichern.

Die GPA-Wien bekräftigt mit diesen Forderungen ihr Engagement für ein starkes, gut finanziertes und zukunftssicheres Sozialwesen in der Stadt Wien.

- Annahme
- Ablehnung
- Zuweisung an

EMPFEHLUNG DER ANTRAGSPRÜFUNGSKOMMISSION: Annahme